

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Katharina Beck, Julian Joswig, Sascha Müller,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/4269 –

**Groß denken bei Skalierung und Zukunftsinnovationen – Finanzierungsbedingungen
für Startups und Scaleups in Deutschland und Europa jetzt massiv verbessern**

A. Problem

Die Fraktion schickt ihrem Antrag voraus, dass Deutschland und die EU sich in der aktuellen geopolitischen Neuordnung nur behaupten könnten, wenn sie ihre Innovationskraft und ihren Wohlstand stärkten. Für den ökonomischen Erfolg spielten Startups und Scaleups eine Schlüsselrolle, da sie Innovationen vorantrieben, wirtschaftliche Strukturen erneuerten und Arbeitsplätze schafften. Problematisch sei, dass Startups, die in Deutschland und Europa gegründet würden, ihren Standort in der Wachstumsphase häufig ins außereuropäische Ausland versetzten und Deutschland und der EU dadurch ökonomische Vorteile verloren gingen. Dass viele Startups gerade in der Scaleup-Phase abwanderten, liege insbesondere am Fachkräftemangel, zu viel Bürokratie und bei Sozialunternehmen an mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten. Dabei verfüge Europa über ungenutzte finanzielle Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe, die in die Finanzierung investiert werden könnten.

Die antragstellende Fraktion möchte die Bundesregierung auffordern, dieses Kapital nutzbar zu machen. Insbesondere sollten die Europäischen Kapitalmärkte gestärkt werden, Bürokratie in vielen verschiedenen Bereichen abgebaut und die Modernisierung der Verwaltung vorangebracht werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/4269 abzulehnen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 25. März 2026

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Christian Frhr. von Stetten
Vorsitzender

Daniel Bettermann
Berichtersteller

Adam Balten
Berichtersteller

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Daniel Bettermann und Adam Balten

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/4269** wurde in der 58. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Februar 2026 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung zu zehn Maßnahmen auf, um Startups und Scaleups dauerhaft in Deutschland und der EU zu halten und die Finanzierungsbedingungen attraktiver zu gestalten. Zum einen solle das Kapital von institutionellen Investoren nutzbar gemacht und die europäischen Kapitalmärkte gestärkt werden. Außerdem sollten ausreichend öffentliche Mittel und Finanzierungsinstrumente zur Mobilisierung privaten Kapitals in der Skalierungsfinanzierung zur Verfügung gestellt und die öffentliche Hand als aktiver Innovationskunde etabliert werden. Die Förderstipendien EXIST und EXIST WOMEN sollten mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet und eine neue Rechtsform der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ eingeführt werden. Darüber hinaus sollten Hürden bei der Finanzierung von gemeinwohlorientierten Unternehmen und Sozialunternehmertum in Deutschland abgebaut werden. Im Rahmen der Startup und Scaleup-Strategie solle die Bundesregierung schnellstmöglich einen umfassenden Maßnahmenplan vorlegen und umsetzen, der insbesondere den Abbau bürokratischer Hürden, die Unterstützung bei der Fachkräftesicherung und die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung adressiere. Zuletzt fordert die antragstellende Fraktion die Wiedereinsetzung eines oder einer Beauftragten der Bundesregierung für Startups.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 21/4269 in seiner 30. Sitzung am 25. März 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/4269 in seiner 28. Sitzung am 25. März 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/4269 in seiner 33. Sitzung am 25. März 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 21/4269 in seiner 26. Sitzung am 25. März 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 21/4269 in seiner 18. Sitzung am 25. März 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 21/4269 in seiner 21. Sitzung am 25. März 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung** hat den Antrag auf Drucksache 21/4269 in seiner 23. Sitzung am 25. März 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 21/4269 in seiner 30. Sitzung am 25. März 2026 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte einleitend, ihre Fraktion wolle dafür werben, dass die Bundesregierung in Bezug auf das Thema Finanzierung von Startups und Skalierungsfinanzierung aktiver werde. Daher hätten sie in diesem Antrag zehn Vorschläge vorgelegt. Es gebe sehr viel Forschung in Deutschland und in Europa, aber in der Wachstumsphase wanderten viele Unternehmen in die USA aus. Hinsichtlich des Themas Kapitalmarktunion solle in Brüssel mehr Druck ausgeübt werden. Außerdem fordere die Fraktion die zeitnahe Vorlegung der Startup-Strategie.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, ihre Fraktion teile viele der in dem Antrag genannten Ziele, beispielsweise die Stärkung der europäischen Kapitalmärkte und die Beschleunigung von Verfahren. Allerdings hätten sie unterschiedliche Vorstellungen von dem Weg zur Erreichung dieser Ziele. Die Fraktion der CDU/CSU schließe niemanden aus, der Wettbewerb entscheide und Innovationen sollten nicht in einem politischen Raster feststecken. Sie setzten mehr auf privates Kapital als auf staatliche Fonds und lehnten eine staatliche Steuerung ab.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, der Antrag erkenne zwar richtigerweise, dass der Wohlstand in Deutschland gesichert und ausgebaut werden müsse und, dass Startups und Scaleups wichtig für Innovationen und Arbeitsplätze seien. Allerdings setze der Antrag auf staatliche Lenkung statt auf freie Märkte. Das private Kapital solle per Staatsfonds oder Zwangsanleihen beispielsweise in risikoreiche Klimaprojekte oder soziale Innovationen gelenkt werden. Die Transformation selbst sei teuer und schädlich. Notwendig seien stattdessen weniger staatlicher Zwang, weniger Regulierung durch die Europäische Union, mehr Bürokratieabbau und die Senkung von Steuern.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, es sei wichtig, dass sie sich mit dem Thema Startups und Scaleups befassten und viele der in dem Antrag genannten Punkte gingen in die richtige Richtung. Allerdings überzeuge der Antrag nicht vollends, strukturelle Herausforderungen in der Phase der Skalierung würden unzureichend adressiert. Das größte Problem sei in diesem Zusammenhang das Fehlen von großvolumigem Wachstumskapital. Die Fraktion fragt die Bundesregierung, welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung von Kapitalmarktstrukturen und zur Mobilisierung institutioneller Investoren aktuell verfolgt würden und wie bereits angestoßene Initiativen wirkten. Außerdem möchte die Fraktion von der Bundesregierung wissen, welche Maßnahmen zur weiteren Förderung von Startups und Scaleups geplant seien.

Die **Fraktion Die Linke** kritisierte, der Antrag enthalte teilweise Analysen von McKinsey, einer Unternehmensberatung, die Gewerkschaften ablehnten. Außerdem werde in dem Antrag ausgeführt, der aktuelle Prozess erfordere einen Notartermin, einen Handelsregistereintrag, eine Gewerbeanmeldung, IHK-Mitgliedschaften und Steuerregistrationen. Die Fraktion fragt sich, welche dieser Voraussetzungen von der Antragstellerin abgeschafft werden solle, da sie alle wichtig für die Gründung seien. Die Fraktion möchte von der Bundesregierung wissen, ob sie plane, die Hürden bei der Finanzierung von gemeinwohlorientierten und sozialen Unternehmen in Deutschland abzubauen und soziale Innovationen gezielt zu fördern.

Die **Bundesregierung** antwortete, das Ziel sei, die Startup-Strategie noch im zweiten Quartal auf den Weg zu bringen. Im Rahmen des Deutschlandfonds würden öffentliche Mittel und Garantien in Höhe von 30 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um zusätzliche Investitionen zu stimulieren. In dem Fonds sei auch ein Instrument für Startups und Scaleups enthalten. Außerdem sei der EIF German Equity im Januar nochmal aufgestockt worden, gemeinsam mit dem Europäischen Investitionsfonds würden 1,6 Milliarden Euro bereitgestellt. Darüber hinaus gebe es zahlreiche Impact Investing Fonds. Die Bundesregierung unterstreicht, dass es wichtig sei, in Bezug auf die Förderung von Startups und Scaleups Fortschritte zu erzielen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/4269 zu empfehlen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 25. März 2026

Daniel Bettermann
Berichtersteller

Adam Balten
Berichtersteller

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.